

## **A5 Verkehr ANDERS DENKEN**

Antragsteller\*in: Brunhilde Rothdauscher (KV Rosenheim)

1 **Verkehr ANDERS DENKEN!**

2 **Exemplarisch am Brenner Nordzulauf betrachtet.**

3 Um die Pariser Klimaschutzziele zu erreichen, muss die Verkehrswende möglichst  
4 schnell umgesetzt werden. Schließlich verzeichnet der Verkehrssektor weiterhin  
5 wachsende CO2-Emissionen. Spätestens in 30 Jahren dürfen wir keine fossilen  
6 Treibstoffe mehr verwenden. Die Bahn ist die Form der Elektromobilität, die  
7 heute schon in großem Stil funktioniert. Zusammen mit der Energiewende ist die  
8 Bahn für uns der zentrale Baustein klimaneutraler Mobilität. Deswegen müssen  
9 Personen- und Güterverkehr in sehr großem Umfang verbindlich von der Straße auf  
10 die Schiene verlagert werden. Das gilt besonders für den alpenquerenden Verkehr  
11 und ebenso für den Flugverkehr auf kurzen und mittleren Distanzen.

12 Die GRÜNEN kritisieren die Bundesregierung, dass sie:

- 13 • bis heute keine Strategie vorgelegt hat, wie eine massive Verlagerung des  
14 Güter- und Personenverkehrs bundesweit und international auf die Schiene  
15 erfolgen kann,
- 16 • kein Gesamtkonzept vorgelegt hat, wie ein das Schienennetz bundesweit  
17 ausgebaut werden muss, um eine massive Zunahme des Eisenbahnverkehrs zu  
18 ermöglichen,
- 19 • keine Ansätze zu einer adäquaten Einpreisung der Folgekosten des Verkehrs  
20 oder anderer Strategien zur Verkehrsvermeidung verfolgt,
- 21 • keine Planungen verfolgt, wie der Mehrverkehr auf der Schiene infolge des  
22 Brenner-Basistunnels jenseits des Planungsabschnitts Staatsgrenze-Grafiing  
23 hinaus weitergeführt werden soll (Knoten München, Rosenheim-Mühldorf,  
24 Rosenheim-Freilassing).

25 Ferner kritisieren die GRÜNEN, dass weder die Bundesregierung noch die  
26 Bayerische Staatsregierung ein Maßnahmenpaket entwickelt haben, das der vom  
27 Schienenausbau betroffenen Region Rosenheim spürbare Vorteile im Nahverkehr,

28 beim Lärmschutz und anwohner- und naturverträglicher Bauweise entgegenkommt.  
29 Damit haben Bundes- und Staatsregierung Widerstand gegen den Schienenausbau  
30 entfacht, anstatt gemeinsam mit der Region eine bestmöglichen Lösung zu finden,  
31 die den nötigen Kapazitätsausbau dieser internationalen Schienenachse mit  
32 größtmöglichen Nutzen für die Region vereint.

33 Deshalb verfolgen die GRÜNEN folgende Ziele:

- 34 • **Für den öffentlichen Nahverkehr:** Ein umfassend verstärkter und  
35 verbesserter öffentlicher Personennahverkehr mit einem S-Bahn-ähnlichen  
36 Angebot für den Linienstern Rosenheim. Dazu ein engmaschiger und dicht  
37 getakteter Bus- und Bedarfsverkehr in der Region Rosenheim mit Stundentakt  
38 in jedem Ort von früh um 5:00 Uhr bis 24:00 Uhr und Anschluss an den  
39 Schienenverkehr. Dadurch erreichen wir eine deutliche Entlastung des  
40 Straßenverkehrs.
- 41 • **Für den Personenfernverkehr:** Erheblich ausgeweitete Reiseverbindungen im  
42 Fernverkehr sowie Nachtzugverbindungen zwischen Deutschland, Österreich  
43 und Italien, eingebunden in den deutschlandweiten Taktfahrplan  
44 „Deutschlandtakt“.
- 45 • **Für den Güterverkehr:** Massive und zwingende Verlagerung des Güterverkehrs  
46 von der Straße auf die Schiene durch wirksame Maßnahmen wie eine  
47 Korridormaut von München bis Verona oder eine internationale  
48 Alpentransitbörse. Eine adäquate Bepreisung des Güterverkehrs durch den  
49 hochsensiblen Alpenraum hilft, unnötige Verkehre zu vermeiden. Der  
50 vervielfachte Güterverkehr auf der Schiene wird eingebettet in ein  
51 Gesamtkonzept zur Weiterführung der Züge über Rosenheim hinaus. Damit  
52 erreichen wir eine tiefgreifende Verringerung der Staus und des LKW-  
53 Aufkommens.
- 54 • **Für mehr Lärmschutz:** Sowohl auf der Bestandsstrecke von München-Trudering  
55 bis Kiefersfelden als auch auf der Neubaustrecke realisieren wir  
56 Lärmschutz nach den höheren Grenzwerten der Lärmvorsorge und fordern  
57 besonders hohe Lärmschutzstandards.
- 58 • **Für den Schutz der Bevölkerung und der Natur:** Die sensible Topographie des  
59 Alpenvorlands und der Alpenregion berücksichtigen wir durch eine  
60 landschafts- und anwohnerfreundliche Trassierung, die wie im Tiroler  
61 Inntal in weiten Teilen im Tunnel oder in Trögen verläuft. Die  
62 unterirdische Führung minimiert den Flächenverbrauch und sichert wertvolle  
63 landwirtschaftliche Flächen im engen Inntal sowie ökologisch wichtige  
64 Biotope.

- 65
- **Für die Bahn als Rückgrat der Verkehrswende:** Die Eisenbahn wird zum Rückgrat der Verkehrswende. Güter gehören auf die Bahn, dafür sorgen wir. 66 Eine gut ausgebaute Bahn kann mehr als doppelt so viele Passagiere 67 pünktlicher und schneller befördern als heute. Das Reisen mit der Bahn 68 wird komfortabel und macht Freude. Der vorgesehene Ausbau der Autobahn und 69 weiterer Fernstraßen wie der B15neu in der Region wird überflüssig. 70

71 Die zwei bestehenden Gleise von Grafing bis Rosenheim und im Inntal bis  
72 Kiefersfelden reichen kurz- bis mittelfristig mit technischer Aufrüstung aus, um  
73 den zusätzlichen Bahnverkehr nach Fertigstellung des Brenner-Basistunnels  
74 aufzunehmen. Um unsere Forderungen nach mehr Gütern auf die Schiene realisieren  
75 zu können ist Kapazitätsausbau erforderlich. Die notwendige Infrastruktur muss  
76 großräumig geplant werden.

## Begründung

Im Bundesverkehrswegeplan 2030 ist für die Strecke Trudering-Kiefersfelden eine Hochleistungsstrecke v<sub>max</sub>.230km/h mit einem zusätzlichen 3.u.4. Gleis geplant.

Das bestehende Verfahren zum BBT-Nordzulauf ist Verfassungsrechtlich strittig - ein Fachanwalt spricht von Willkür. Dies ist zu klären.

Strittige Punkte im laufenden Planungsdialog:

- Je nach Streckenführung der 5 Grobtrassen verliert der Personennahverkehr durch eine Verlagerung von Bahnhöfen aus Ortszentren in ortsentferne Verknüpfungsstellen erheblich an Attraktivität, da die Fußläufigkeit zu lokalen Zentren bzw. Schulen etc. nicht mehr vorhanden ist.
- Durch notwendige Verknüpfungsstellen, lange Steigungs- und Gefällstrecken, sowie großen Kurvenradien entsteht ein erheblicher Flächenverbrauch (ca. 240 – 260 ha).
- Auf Grund dieses hohen Flächenbedarfs ist die Existenzgrundlage von landwirtschaftlichen Betrieben gefährdet.

Da das Raumordnungsverfahren (ROV) derzeit läuft kann hier GRÜNE Position gezeigt werden.